

# Broder kandidiert für ZdJ-Vorsitz



Henryk M. Broder (Foto), bekannt als scharfzüngiger und begnadeter Autor, wird um die Nachfolge von Charlotte Knobloch als Vorsitzender vom Zentralrat der Juden in Deutschland [kandidieren](#). Der Zentralrat gebe ein „erbärmliches Bild in der Öffentlichkeit“ ab. Es könne nicht seine Aufgabe sein, „sich als das gute Gewissen Deutschlands aufzuführen“.

*Der Zentralrat trete als „Reue-Entgegennahme-Instanz“ auf und stelle „Unbedenklichkeitserklärungen“ aus, wobei es „weder nach oben noch nach unten eine Schamgrenze“ gebe. Als Präsident werde er sich dafür einsetzen, dass die Holocaustleugnung als Straftatbestand aufgehoben werde. „Das Gesetz war gut gemeint, hat sich aber als kontraproduktiv erwiesen, indem es Idioten dazu verhilft, sich als Märtyrer im Kampf um die historische Wahrheit zu inszenieren“ argumentierte Broder.*

Im Tagesspiegel [schrieb Broder](#):

*In zwei Jahren werde ich 65, ich habe immer das getan, was ich tun wollte. Jetzt ist die Zeit gekommen, das zu tun, was ich tun sollte. (...) Die Präsidentin – intern „Tante Charly“ genannt – scheint von dem Job überfordert. Wer die Pressemitteilungen liest, die von ihrem Büro herausgegeben*

werden, erfährt, dass ein Besuch bei der Frau des Bundespräsidenten zu den wichtigsten Erfahrungen ihres Lebens gehört. Ihre Stellvertreter belauern sich gegenseitig und warten darauf, wer als Erster aus der Deckung geht.

Was der Zentralrat tut oder unterlässt, das entscheidet dessen Generalsekretär, der die schwindende Bedeutung der Organisation durch taktische Allianzen und sinnfreien Aktionismus auszugleichen versucht. Zuletzt hat er den ehemaligen Berliner Finanzsenator, Thilo Sarrazin, wegen dessen kritischen Äußerungen über integrationsunwillige Migranten in eine Reihe mit Hitler und Goebbels gestellt und sich bald darauf für diese Entgleisung auf eine Weise entschuldigt, die vor allem eines demonstrierte: dass er keine Ahnung hat, wovon er redet.

Der Zentralrat vertritt eine kleine Minderheit, etwa 100 000 Juden, von denen die meisten nach 1989 aus der ehemaligen Sowjetunion in die Bundesrepublik gekommen sind, sein Wort hat aber Gewicht. Besser gesagt: Es hatte Gewicht. Inzwischen werden dessen Stellungnahmen kaum noch wahrgenommen, weil er sich inflationär zu allem und jedem äußert. Den Rücktritt eines Ministerpräsidenten zu fordern, weil dieser sich in der Wortwahl vergriffen und von einer „Pogromstimmung gegen Manager“ gesprochen hat, ist nicht nur unangemessen sondern auch dumm. Man soll keine Forderungen erheben, zu deren Durchsetzung man nicht in der Lage ist. Es sei denn, man will sich vorsätzlich blamieren.

(...)

Der Zentralrat versteht sich als eine Art Frühwarnsystem gegen politischen Extremismus und andere aufziehende Gefahren. Das war die Rolle, die den kapitolinischen Gänsen im alten Rom zukam. Dennoch haben sie den Untergang Roms nicht verhindern können.

Es kann nicht die Aufgabe des Zentralrates sein, sich als das gute Gewissen Deutschlands aufzuführen. Es bringt auch nichts, „Wehret den Anfängen!“ zu schreien, wenn eine

Handvoll Neonazis durch Möllenhagen in Mecklenburg-Vorpommern marschiert, und das Verbot der NPD zu fordern, was die Partei, die im Begriff ist, sich selbst zu zerlegen, nur in ihrer Scheinbedeutung bestätigt. Ebenso ist es nicht die Aufgabe des Zentralrates, den übrigen 79,9 Millionen Deutschen vorzuschreiben, wie sie mit ihrer Geschichte umgehen sollten. Liebesbeweise, die erzwungen werden, sind keine.

Der Zentralrat tritt als Reue-Entgegennahme-Instanz auf und stellt Unbedenklichkeitserklärungen aus, wobei es weder nach oben noch nach unten eine Schamgrenze gibt. Der Zentralrat hat seine Beziehungen zum Vatikan und zur deutschen Bischofskonferenz im Zuge der „Williamson-Affäre“ zeitweise abgebrochen; wenn ein Theater in der Provinz Fassbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ aufführen will, eilt der Generalsekretär persönlich hin, um den Theaterleuten zu sagen, was sie machen beziehungsweise nicht machen sollen. Wenn das keine Beschäftigungstherapie ist, dann ist es nur lächerlich.

Als Präsident des Zentralrates werde ich für ein Ende des kleinkarierten Größenwahns sorgen, der sich immer mehr zumutet, als er zu leisten in der Lage ist.

Ich werde mich um gute Beziehungen zu den in Deutschland lebenden Moslems bemühen. Nicht zu religiösen Eiferern oder türkischen Nationalisten, die den Paragrafen 301 des türkischen Strafgesetzbuches („Beleidigung des Türkentums“) verteidigen oder verharmlosen und sich um jede Stellungnahme zu der Armenierfrage drücken, sondern zu solchen, die für eine strikte Trennung von Staat und Religion und für eine säkulare Gesellschaft eintreten.

Ich bin überzeugt, dass es keine partikularen jüdischen Interessen gibt. Ob jemand kosher isst oder halal oder doch lieber Kassler, ist Privatsache. Ebenso wann und zu welchem Gott er betet.

*Religionsfreiheit beinhaltet auch das Recht, areligiös und antireligiös zu sein und sich über den eigenen und seiner Nachbarn Gott lustig machen zu können, ohne deswegen bedroht zu werden. Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat sind die Werte, die offensiv verteidigt werden müssen.*

Gemäßigte, säkulare Moslems sind die, die zunächst am meisten unter der politischen Aufwertung religiöser Eiferer durch unsere Politiker leiden. Deshalb flüchten sie aus den Ghettos wie ihre deutschen Nachbarn. Und sie haben niemanden, der zum Dialog-Partner aufgewertet, durch die Islamkonferenzen wandert. Vielleicht liegt das daran, dass sie keine Sonderrolle beanspruchen, sondern einfach mit uns leben wollen.

Wir wünschen Henryk Broder viel Erfolg!

*(Spürnasen: Thomas D., pinchador, unbekannt, miso, Klaus, Asma, Rainer, Martin und Eckhard)*